

# Halle'sches Tageblatt.

Erste Ausgabe täglich Nachmittags  
mit Ausnahme der Sonn- und  
Feiertage.

Abonnementpreis  
vierteljährlich für Halle und durch  
die Post bezogen 2 Mark.

Ämtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Neichmann.  
Fernsprecher nach Berlin und Leipzig. Anschlag Nr. 289.

Insertionspreis  
für die fünfgeheftenen Corpa-  
Seite oder deren Raum 12 Pf.

Reklamen  
für die fünfgeheftenen Corpa-  
Seite oder deren Raum 30 Pf.

Nr. 36

Donnerstag, den 12. Februar 1891.

92. Jahrgang.

## Unsere Burschenschaftler.

? Berlin, 10. Febr.

Man schreibt uns:

Bei der Teilnahme, welcher der wohlgelungene Kommerz alter Burschenschaftler zur Feier des zwanzigjährigen Bestehens des Deutschen Reiches in Berlin gefunden hat, wird das Kuriosum vielleicht interessieren, daß nach einem unlangst erschienenen Mitgliedsverzeichnis 39 vortragende Räte in den Ministerien frühere Burschenschaftler sind. Dabei sind eingeschlossen verschiedene Ministerialdirektoren, Mitglieder des Staatsrats und Bevollmächtigte zum Bundesrat, wie Excell. v. Marschall, Sellwig, Humbert, Pauffen, Krell, v. Kugel, v. Kugel und der Reichsbankdirektor Gallenstump. Auch der frühere Burschenschaftler in Bonn und jetzige Reichstagsabgeordnete von Krenzel ist Burschenschaftler gewesen, ebenso der Minister Herrlich. Sie alle sind über den Posten der vortragenden Räte als bereits hinaus.

Man hat auch bei den übrigen Studenten dieselbe Veranlassung an, so mühte es, da die Burschenschaften jeweilig etwa 1/10 der deutschen Studentenschaft bilden, in Berlin 780 vortragende Räte geben, was die Wirksamkeit ganz außerordentlich übertrifft. Es bleibt somit nichts übrig, als anzunehmen, in den Burschenschaften seien besonders großen Niederlag von Fähigkeit und Ehrgeiz zu verzeichnen, und da die oben erwähnten Männer fast ausschließlich den sogenannten modernen Burschenschaften angehören, in diesen eine Pflanzschule für tüchtige Staatsdiener und vaterlandsliebende Beamte zu erblicken.

Was werden viele deutschen Mütter nicht ungern hören, die nur mit Jähren und Zagen ihren Herzenssohn sich diesen Burschenschaften anschließen sehen. Am meisten überausen dürfte es jedoch in konservativen Kreisen, wo man den Namen „Burschenschaft“ alter Gewohnheit zu lieb nur mit einem leichten Hautschäuber nennt, und nicht zum wenigsten an leitender Stelle, wo man augenscheinlich mitunter im Unklaren ist, woher so viele der treuesten Diener und brauchbarsten Beamten stammen. Die Sonne der Gerechtigkeit scheint in Deutschland ganz allein den sogenannten „Körps“, und unlangst erst ist eine Verfügung des Kultusministers der Berliner Studentenschaft in Potsdam und Bogen mitgeteilt, den Vertretern der Körps dagegen in besonderer Ausdehnung vom Rektor verlesen worden, ein Vortrag, der mit dem gemeinen Recht, unter welchem wir in Preußen leben, nicht recht vereinbar erscheint. Die Burschenschaften sind und bleiben das Opfer eines durch nichts gerechtfertigten Vorurteils, obwohl sie schon seit Jahrzehnten dasselbe treiben wie die Körps und sich von diesen allenfalls durch eine größere Frische und Selbstständigkeit des Auftretens unterscheiden. Ein Schimmer von Verachtung erhält jenes Vorurteil allein durch ein gewisses in den Burschenschaften hervorbreitendes Ungeduld, wie denn auch gelegentlich des oben erwähnten Festes am Grabe Kaiser Wilhelms ein Kranz mit schwarz-roth-goldenen Schleifen niedergelegt wurde, welche Farben dem hochseligen bekanntlich äußerst antipathisch waren. Mögen sie immerhin die Zeichen der Lüge vor gewesen und von unsren theuersten vaterländischen Erinnerungen untrennbar sein, so hätte doch vielleicht ein Minimum von Takt und Erfahrung hingereicht, um etwas zu vermeiden, das Uebelwollende als eine Demonstration auslegen können. Die deutschen Farben sind doch nun einmal schwarz-weiß-roth.

Man hat auch ein weiteres Publikum, daß Körps und Burschenschaften, obgleich sie sich aus ganz verschiedenen Gesellschaften rekrutieren und sich im späteren Leben formlos an den hervorragenden Stellen wiederfinden, dennoch in idyllischer Feindschaft leben. Die Feindschaft ist so groß, daß schon seit Jahrzehnten kaum eine „Mensur“ zwischen den beiden Parteien gesehrt worden ist und nur die gegenseitige Wechselschuldung durch den sogenannten „Vertrau“, welcher eine Ehrentitelklärung und Satisfaktionsverweigerung in sich schließt, der betreffenden Verachtung genug thun kann. Von Seiten der Burschenschaften geschieht nichts, um diesen zwar deutschen, aber höchst anfechtbaren und ungelunden Zustand zu ändern. Einige von ihnen haben deshalb ihre Behauptungen bereits soweit bereinigt, daß nicht bloß jetzt vorhandene Burschenschaften, sondern auch deren früheren Mitglieder in den Versuch gethan werden konnten. So kam es denn, daß in einer öffentlichen Universität ein gewaltig unbedeutender Student eines Tages seinen eigenen Vater, der ein durchaus unbedeutender Professor der Jurisprudenz war und nur das Unglück hatte, Burschenschaftler (Wächter) gewesen zu sein, für ein durchaus satisfaktionsfähiges Individuum erklärte!

## Deutscher Reichstag.

62. Sitzung vom 10. Februar.

Am 10. Febr. des Bundesrats: Febr. v. Marschall, v. Malshahn, v. A. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Nachtrags-Etat (Erhöhung einer fälligen Ministerreservatur in Luxemburg 28,500 Mk.)

Der Nachtrags-Etat wird ohne Diskussion in erster und zweiter Lesung genehmigt. Es folgt der Etat pro 1891/92 „Zölle und Verbrauchssteuern“ in Verbindung mit der Beratung der kaiserlichen Verordnung über die Ausdehnung der Zollermäßigung in den Ziffern A des deutsch-italienischen und des deutsch-brasilianischen Handels- und Schiffahrtsvertrages für Nogen auf Marotto.

Der Bericht der Budgetkommission, Abg. Dr. Hartmann, (S. 11) beantragt unänderliche Bewilligung der Zölle, indem er noch einmal kurz die Gründe darlegt, welche die Kommission veranlaßt haben, den Antrag des Abg. Richter auf Erhöhung der Einnahme aus den Zöllen von 314,647,690 Mark auf 350,000,000 abzuweisen. Abg. v. W. (rel.): Er habe nicht die Absicht, gegenwärtig eine Subdebatte hervorgerufen. Der freilichige Antrag sei in der Kommission mit der Begründung abgelehnt worden, daß man bei der Veranlassung vorzüglich vorgehen müsse und daß daher eine Veranlassung nach dem bisherigen Vordringt erforderlich sei. Dem gegenüber wolle er nur darauf hinweisen, daß die Kornzölle, welche das Fundament der Einnahme bilden, hauptsächlich immer mehr getrieben seien und naturgemäß steigen müssen. Am Anschlag auf die fällige Verordnung richtet Richter die Frage an den Staatssekretär, ob neue Verhandlungen mit Italien, Spanien und anderen Staaten in Aussicht ständen. Staatssekretär v. Malshahn erklärt, daß er auf diese Frage zur Zeit eine Antwort nicht zu geben vermöge. Der Staatsrat wird bewilligt, die kaiserliche Verordnung genehmigt.

Zu dem Titel „Tabaksteuer“ hat Abg. Menzer (kon.) den Antrag gestellt, die Regierung zu erwidern, noch in dieser Session eine Vorlage zu machen, wonach der Zollsatz für Tabakblätter von 85 Mk. auf 125 Mk. für 100 Stk. erhöht und die betreffende Tabaksteuer von 45 Mk. auf 24 Mk. zu ermäßigen ist. Bei dem Antrag des Abg. Dr. Richter über das Schicksal der vom Reichstage beschlossenen Resolution, betr. die notwendigen Erleichterungen bei Erhebung der Tabaksteuer erklärt Staatssekretär v. Malshahn, daß die Antwort auf diese Resolution dem Reichstage heute in Form einer Denkschrift zugegangen ist.

Abg. Menzer rechtfertigt seinen Antrag. Derselbe werde so lange nicht von der Tagesordnung verschwinden, als bis ihm Folge gegeben sei. Der Unterschied zwischen dem Zoll für ausländischen Tabak und der inländischen Steuer sei zu gering und wirke in sehr unangenehmer Weise auf die Produktion des Tabaks. Durch die Steuer von 45 Mark belaste man den minderwertigen inländischen Tabak mit 100 Prozent. Leider stiehe die Regierung den Wünschen der Süddeutschen betr. der Braunwälder. In Folge der ausländischen Konkurrenz sei der Tabakbau in Baden und im Elsaß erheblich zurückgegangen. Es sei ein wirtschaftliches Verbrechen, daß das minderwertige Produkt denselben Zoll zahlen müsse, wie das bessere. Er empfehle die Annahme seines Antrages, für den auch offensichtlich die links Seite des Hauses stimmen sollte, die trotz der Entlassung des linken Mannes möglich ist.

Abg. Dr. Richter (rel.) unterbricht den Antrag, indem er auf den fortwährenden Rückgang des Tabakbaues im Elsaß verweist. Er sei Anhänger des Monopols, da dieses indessen nicht zu haben sei, so lege er die beste Hilfe für den Tabakbau in einer noch mehr einwirkenden schützenden Pflanze der Landwirtschaft.

Abg. Dr. Richter (rel.) begründet den Antrag Menzer als einleitend, da dessen Erfolg nur sein werde, der Tabakindustrie, nicht aber dem Tabakbau zu nützen. Auch beim Monopol würde sich der Tabakbau nicht besser heben, sie würden dabei dem Staate auf Gnade und Ungnade ergehen sein. Eine bessere Lage der Tabakbau sei auch nicht von einer Verbesserung der Produktionsweise zu erwarten, diese sei nur in vereinzelten Fällen durchzuführen, da sie von klimatischen Einflüssen abhängen. Die Erhebung des Zolles auf ausländischen Tabak würde zu einer Erhöhung des Preises führen, welche wiederum eine Entschärfung des Konjunks nach sich ziehen würde, eventuell zu einem Mehrverbrauch des inländischen Tabaks. Man könne doch aber den Konsumanten nicht zumuten, sich aus patriotischer Rücksicht ihre Junge vom schlechten Tabak zu lassen. Er werde daher für die Erhebung der Steuer auf inländischen Tabak und gegen die Erhebung des Zolles auf ausländischen Tabak stimmen.

Abg. v. Winterfeld (kon.) rechtfertigt als Mitunterzeichner den Antrag Menzer und tritt den Ausführungen des Vordr. nicht in Interesse der Tabakbau, namentlich der Ufermärkte entgegen. Ein höherer Zoll führe auch höhere Preise, welche der Steuer für den Tabakbau in Preußen zu nützen. Die gegenwärtigen Ausführungen bedarf es auf die dem Hause überreichte Denkschrift. Mit Bezug auf den Antrag Menzer werde man aus der Denkschrift ersehen, daß die verbundenen Regierungen einer Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak, nicht zur Zeit abgeneigt seien und daß auch für eine Ermäßigung der Steuer sich keine der verbundenen Regierungen ausgesprochen habe. Nehme das Haus den Antrag an, so werde die Bundesrat denselben von Neuem prüfen, vorausgesetzt, daß neue Gründe dafür angeführt werden, was bis jetzt nicht der Fall sei. Abg. v. Winterfeld (rel.) bittet die Regierung, die hier angelegten Fragen auch einmal vom Standpunkte der Wirtschaft des Exportes unserer heimischen Tabaks aus zu betrachten. Vielleicht werde sich die Möglichkeit herausstellen, dem Tabakbau verschiedene Erleichterungen zu gewähren. Ein Monopol in Deutschland würde nur den Elend der heimischen Industrie für den Tabakbau herbeiführen, als der Weltmarkt heute ist. Er wolle deshalb die Abgeordneten aus dem Elsaß bevor, immer wieder auf den Gedanken des Monopols zurückkommen.

Nach seiner Ansicht sei die Steuer auf inländischen Tabak zu hoch gegriffen, und deshalb werde er für die Ermäßigung der Steuer, aber gegen die Erhebung des Zolles auf ausländischen Tabak, sich aussprechen. Er werde sich für die Erhebung der Steuer auf ausländischen Tabak zu erklären, und zwar in der Weise, daß eine Urfache zur Verminderung neuer Einnahmen vorhanden sei. Und das gefüge bloß, um durch die vorerwähnte Erhöhung des Zolles den Konsumanten so müde zu machen, daß er schließlich das schlechteste inländische Straut rauche. Es handle sich auch hier wieder um eine schwere Belastung der untersten Klassen der Bevölkerung, und empfehle er deshalb die Ablehnung des ganzen Wenserschen Antrages. Bei der Abstimmung wird die beantragte Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak mit großer Majorität abgelehnt. Die Abstimmung über Punkt 2 des Antrages: Ermäßigung der Steuer auf inländischen Tabak ist zweifelhaft. Die Räteung erhebt 96 Stimmen mit Ja, 57 mit Nein, wonach das Haus nicht beschlußfähig ist. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung und Petitionen.) Schluß nach 3 1/2 Uhr.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 10. Februar.

Das Milchabgabengesetz wird in dritter Lesung im Wesentlichen übereinstimmend mit der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Böckers auf Regelung des Baalrechts, das durch die neue Entomtensteuerordnung aufgehoben wird. Der Antrag wird begründet durch 217 Kon. (St. Minister Herrfurth erklärt, er sei bereit, die Folgen der Verleihung durch ein neues Gesetz zu beilegen. Richter (rel.) findet den Antrag nicht weitgehend genug. Der Antrag wird der Entomtensteuerkommission überwiegen. Morgen: Entomtensteuer.

## Deutsches Reich.

Im Militärischen. Unser Berliner Correspondent schreibt uns: Gestern, Montag, beging das 1. Garde-Regiment z. F. in feierlicher Weise die Wiederkehr des Tages, an welchem Se. Majestät der Kaiser als Prinz Wilhelm in das erste Garde-Regiment und somit in die Armee eingetreten ist. Am dem Nachmittage im Regimentshaute Kattachabten Festmahle nach auch S. W. der Kaiser, der Allerhöchste Chef des Regiments, teil und machte während desselben persönlich einige Beförderungen, Ernennungen und Gnadenbeweise bekannt. So wurde der bisherige Kommandeur des Regiments, Oberst und Stabskapitän S. M. des Kaisers und Königs, von Plessen, zum Generalmajor befördert und zum Kommandeur der 55. Infanterie-Brigade in Karlsruhe ernannt. An seiner Stelle ernannte S. M. der Kaiser den bisherigen Inhaber der Marine-Infanterie, Oberst von Naxner, welcher vor Berufung in seine Lp. inangehabte Stellung lange Jahre schon dem Regiment angehört und mehrere Jahre hindurch Kommandeur des 1. Garde-Regiments z. F. Ferner wurde der Hauptmann und Chef der 12 Kompanie des Regiments, von Sadow, bis vor Jahresfrist Adjutant der Kommandant von Berlin, à la suite des Regiments gestellt und der Premierlieutenant von Helldorf, zur Zeit noch kommandirt zur Kriegsakademie, zum Hauptmann befördert.

Aus dem Militärischen. Aus den von uns schon geteilt gemeldeten Veränderungen in der Armee und der schon benannten Ernennung des Generalleutnants Grafen v. Schlieffen II zum Chef des Generalstabes bringt das neue Militärischenblatt noch mehrere Veränderungen im Kriegsministerium und Generalstab, von wels letzteren besonders bemerkenswert sind: Die Entsendung des bisherigen Adjutanten Grafen Waltherie, Major Zahn, von dieser Stellung und seine Veretzung nach Mainz und die Veretzung des Majors Liebert zum Generalstab des 10. Armeekorps nach Hannover. Major Liebert war Lehrer an der Kriegsakademie und außerdem in der Kolonialverwaltung des Auswärtigen Amtes beschäftigt.

Die nächste Debatte im Reichstag. An gewisse Aeußerungen des kaiserlichen Konersativen Dr. Meiners über Sozialdemokratie und Fahnenred hat sich heute im Reichstag gewissermaßen eine spezifisch kaiserliche Debatte angeknüpft, und zwar mit Bezug auf die dortige Uebergangung von 1866-1880, die außer dem freisinnigen Dr. Barth und Herrn Bebel vertreten sämtliche Redner kaiserliche Wahlkreise, Herr Bebel aber hat das früher gehalten und ist übrigens zur Zeit noch Mitglied des kaiserlichen Landtags, wofin ihm für gewisse Erweiterungen der diesem gleichfalls angehörende konservative Abgeordnete, Atermann ein Stellvertreter gab. Daß die Sozialdemo.











